

Liebe Menschen, die heute auf den Marktplatz gekommen sind, um ihre Solidarität mit der Ukraine zu demonstrieren,

es ist gut, dass wir hier wieder stehen und unsere Solidarität mit der Ukraine zeigen. Es ist wichtig, dass wir hier stehen und dass wir nicht nachlassen zu sagen, dass es in der Verantwortung des Westens und vor allem auch der Bundesregierung liegt, die Ukraine mit allem zu unterstützen, was sie braucht.

Und zugleich ist es eine Schande, dass wir hier wieder stehen müssen und dass Russland die Menschen in der Ukraine weiter mit seinen Bomben und seiner andauernden Besatzung terrorisiert. Dass wir hier wieder stehen, zeugt leider auch davon, dass die Unterstützung der Ukraine bislang nicht ausgereicht hat. Es ist bislang nicht gelungen, Russland zu Verhandlungen zu zwingen. Es ist nicht gelungen, die illegale russische Besatzung zu beenden. Und es ist nicht gelungen, Länder wie China oder Indien auf die Seite derer zu ziehen, die diesen Krieg beenden wollen, aber nicht zu den russischen Bedingungen.

Woran liegt das? Die Ursachen mögen vielfältig sein. Zu ihnen gehört, dass Russland nach wie vor von Ölexporten in Länder profitiert, die sich nicht darum scheren, dass sie damit einen Krieg gegen die Menschen in der Ukraine finanzieren. Zu den Ursachen gehört sicher auch, dass Putin offenbar weiter bereit ist, hohe Kosten zu akzeptieren – Kosten, die in Russland nicht er oder sein Regime trägt, sondern die Menschen und vor allem jene, die sich gegen die Putin-Diktatur auflehnen. Aber zu den Ursachen gehört leider auch, dass der Westen weniger Einigkeit demonstriert als vor einem Jahr. Beides wird Putin als ermutigende Zeichen deuten, seinen Krieg fortzusetzen. Den Preis dafür zahlt – das muss man immer wieder laut und deutlich sagen – die Ukraine und nicht jene Politiker und Wahlkämpfer, die Ängste schüren und vermeintlich den eigenen Wohlstand verteidigen wollen. Dagegen hilft nur eines: Politische, militärische und gesellschaftliche Solidarität mit der Ukraine!

Das Philosophieren darüber, ob Waffen auch russisches Territorium treffen könnten und was dies bedeuten könnte, kostet in der Ukraine Menschenleben. Und es gefährdet im Übrigen unsere eigene Freiheit und Sicherheit. Wenn Putin in diesem infamen Interview verkündet, er habe kein Interesse, die baltischen Staaten anzugreifen, dann sollte allen deutlich geworden sein, was er eigentlich damit sagen wollte: Dass er nämlich genau dies jederzeit tun kann, wenn er seine Meinung ändert. Solche Aussagen Putins sind kein Appeasement, kein Friedensangebot. Sie sind eine kaum versteckte Drohung. Wer Putin gewähren lässt, wer nach wie vor glaubt, ihn durch Konzessionen beruhigen zu können und wem die Menschen in der Ukraine egal sind, dem sei noch einmal gesagt: Es ist auch unsere eigene Sicherheit, um die es hier geht, unsere eigene Freiheit, unsere Lebensgrundlagen. Es gibt keinen Unterschied zwischen der Verteidigung der Ukraine und der Verteidigung unserer Freiheit.

Zugleich ist es ermutigend und richtig, dass der Weg der Ukraine in die Europäische Union mit den Beitrittsverhandlungen frei ist. Die Aufnahme der Ukraine in der EU sollte aber nicht einfach nur als Hilfeleistung betrachtet werden. Zweifellos profitiert die Ukraine von einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Sie gibt ihr eine politische und wirtschaftliche Perspektive für den Wiederaufbau des Landes nach dem Ende des Krieges. Und sie muss mit so etwas wie einem Marshall-Plan verbunden sein, der auch verdeutlicht, dass es wesentlich attraktiver ist, ein freies und demokratisches Land als von Russland kolonialisiert zu sein.

Es ist aber auch die EU, die davon profitiert, dass die Ukraine ein vollwertiges Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft wird. Sie besinnt sich damit auf ihrer Gründungsmotive, nämlich Sicherheit und Frieden in Europa durch politische Integration und wirtschaftliche Kooperation zu garantieren. Dieses Modell ist – trotz aller Schwächen – das weltweit erfolgreichste, wenn es darum geht, Frieden zu wahren. Die europäische Perspektive für die Ukraine ist also zugleich eine Friedensperspektive, eine Perspektive, die den Frieden innerhalb Europas sichert und

uns daran erinnert, dass dieser Frieden nicht selbstverständlich ist, sondern erarbeitet wurde und auch in Zukunft erarbeitet werden muss.

Dazu gehört es, dass Europa seine Sicherheit selbstständig verteidigen kann und nicht bei anstehenden US-Wahlen wie das Kaninchen auf die Schlange schauen muss. Und dennoch bedarf es mehr als einer strategischen, verteidigungspolitischen Autonomie Europas. Die europäische Idee lebt davon, dass wir uns als freie und gleiche Bürgerinnen und Bürger Europas verstehen und nationalistische Egoismen, Wohlstandschauvinismus und Rassismus hinter uns lassen. Diese europäische Idee lebt davon, Solidarität zu zeigen. Und sie lebt davon, Kriegszeiten abzuschütteln und sich gemeinsam daran zu machen, Leid und Zerstörung zu überwinden und Gesellschaften in eine bessere Zukunft zu führen. Die europäische Idee ist eine Idee des Friedens und der gemeinsamen Sicherheit, die sich gegen imperiale Bedrohungen zu wehren weiß. Dass Russland, aber auch andere Staaten und bewaffnete Gruppen mit Terror und Gewalt auf sie reagieren, demonstriert nur, dass sie Angst vor dieser Idee und ihrer Attraktivität für Menschen haben. Wer würde nicht ein Leben in Freiheit einem Leben im Gefängnis vorziehen. Genau dafür haben sich die Menschen in der Ukraine entschieden. Und dafür demonstrieren Menschen im Iran, in Russland, auch in China – im Großen oder Kleinen. Europa darf diese Menschen nicht im Stich lassen, sondern muss seine Unterstützung für alle zeigen, die unter gefährlichen Bedingungen für Freiheit, Menschenrechte und das Recht auf Selbstbestimmung kämpfen.

Dies ist die historische, aber auch ganz konkrete, gegenwärtige Verantwortung Europas, diese Menschen nicht alleine zu lassen, sondern deutlich zu machen, dass sie für etwas kämpfen, für das Europa als Idee steht: für ein Leben in Würde und Selbstbestimmung. Der Krieg gegen die Ukraine und der Aufstieg des Rechtsextremismus und Rassismus in europäischen Gesellschaften und auch bei uns führt uns vor Augen, dass wir diese Idee jeden Tag aufs Neue verteidigen müssen – gegen die Antieuropäer; gegen diejenigen, die einen Ausgleich mit Russland (was

immer das sein soll) auf dem Rücken der Menschen in der Ukraine und auf Kosten ihrer Freiheit erreichen wollen; und gegen diejenigen, die Menschen aus diesem Land und aus Europa vertreiben wollen.

Putin, seine Gefolgsleute und seine heimlichen und offenen Unterstützer haben auf eine schwache Europäische Union gesetzt. Sie haben sich geirrt. Aber wir dürfen auch nicht nachlassen in unserer Unterstützung. Den Weg der Ukraine in die Europäische Union zu öffnen ist ein wichtiger Teil davon. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen die EU-Integration der Ukraine aus vollem Herzen unterstützen. Die Ukraine gehört zu Europa.

Eine Aufnahme der Ukraine in die EU wird die Ukraine verändern. Aber sie wird auch Europa verändern. Wir müssen neue Wege finden, Menschen für die europäische Idee zu begeistern. Wir müssen Europa neues Leben einhauchen und gerade auch jungen Menschen vor Augen führen, dass das europäische Friedensprojekt ihr Projekt ist; dass es von ihnen abhängt, dass es sich gegen imperiale und menschenfeindliche Bedrohungen behaupten kann. Und dass die europäische Idee vor Ort – nicht nur in Brüssel, sondern hier – in Marburg, in Kirchhain, in Rauschenberg – gelebt werden muss. Europa ist keine Verwaltungseinheit und es darf kein Ort für Machtspielchen selbstherrlicher Ministerpräsidenten sein. Was wir brauchen, ist ein Europa des solidarischen Zusammenlebens und der lebendigen Demokratie. Denn vor nichts fürchten sich Diktatoren und Autokraten mehr als vor dem Zusammenhalt von Menschen gegen Unterdrückung und Gewalt über alle Grenzen hinweg.

Und allen sollte bewusst sein, dass es auch darum bei den kommenden Europawahlen geht: Europa als Friedens- und Freiheitsprojekt zu stärken und es nicht an diejenigen auszuliefern, die wieder auf Nationalismus und Imperialismus setzen.

Europa ist aus den Ruinen des Zweiten Weltkriegs entstanden. Es hat Integration und Kooperation an die Stelle von Konflikt und Abgrenzung gesetzt. Es hat dafür gesorgt, dass sich lange historische Feindschaften in enge Freundschaften verwandelten. Sorgen wir dafür, dass die Ukraine Teil dieses Freundschaftsbundes wird, der die beste Antwort gegen Bedrohung und Angstmacherei ist.

Die Ukraine braucht Europa. Aber Europa braucht auch die Ukraine!